

Bund erzielte im Jahr 2007 einen Milliardenüberschuss

Was bleibt für den Verkehr und die Infrastrukturen?

Zürich, 13. Mai 2008 - Die Staatsrechnung 2007 des Bundes schliesst mit einem Überschuss von 4,1 Milliarden Franken ab. Dank der überraschend guten Konjunktur floss im letzten Jahr deutlich mehr Geld in die Bundeskasse als 2006. Die Ausgaben stiegen im gleichen Zeitraum insgesamt nur moderat um 3 Prozent. Es zeigen sich aber beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Aufgabenbereichen. Für den Verkehr hat der Bund 60 Millionen weniger ausgegeben. Eine Ausgabenpolitik, die angesichts der aktuellen und vor allen der künftigen Kapazitätsengpässe auf Strasse und Schiene zu überdenken gilt.

Dass die Bundesfinanzen den Weg zurück in die schwarzen Zahlen gefunden haben, ist sehr erfreulich. Die Gründe dafür sind in erster Linie auf der Einnahmenseite zu finden: Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Bundeseinnahmen gesamthaft um 4,9 Prozent auf 58 Milliarden Franken. Der Hauptgrund liegt zweifelsohne in der guten wirtschaftlichen Entwicklung. Die Einnahmen bei der direkten Bundessteuer stiegen um 8,1 Prozent, bei der Verrechnungssteuer um 7,2 Prozent.

Höhere Einnahmen beim Verkehr

Auch der Verkehr trug seinen Teil zum Einnahmenüberschuss bei. Zwei Milliarden Franken an Verkehrsabgaben flossen in die Bundeskasse. Den grössten Teil davon machte die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSWA aus. Der Strassenverkehr brachte dem Bund im letzten Jahr insgesamt fast neun Milliarden Franken an direkten und indirekten Steuern. Davon kehrten jedoch weniger als die Hälfte zweckgebunden in den Verkehr zurück.

Stillstand bei den Verkehrsausgaben

Die Gesamtausgaben des Bundes stiegen im letzten Jahr um 3,0 Prozent auf 54 Milliarden Franken. Im gleichen Zeitraum wuchs die Volkswirtschaft real um 3,1 Prozent. Damit war das Ausgabenwachstum leicht geringer als die konjunkturelle Entwicklung. Zu drei Vierteln wurde Ausgabenwachstum von den Bereichen "Sozialen Wohlfahrt" sowie "Finanzen und Steuern" verursacht. 7,3 Milliarden Franken und damit 0,8 Prozent weniger als im Rechnungsjahr gab

die Eidgenossenschaft für den Strassenverkehr und den öffentlichen Verkehr aus. Das entspricht 13,6 Prozent aller Bundesausgaben. Ist aufgrund der Ausgabenänderung von weniger als einem Prozent somit im Verkehrshaushalt des Bundes also alles beim Alten geblieben? Der erste Eindruck trügt. Die Ausgaben beim Strassenverkehr und beim öffentlichen Verkehr zeigen nämlich ganz unterschiedliche Entwicklungen. Es lohnt sich also ein zweiter Blick.

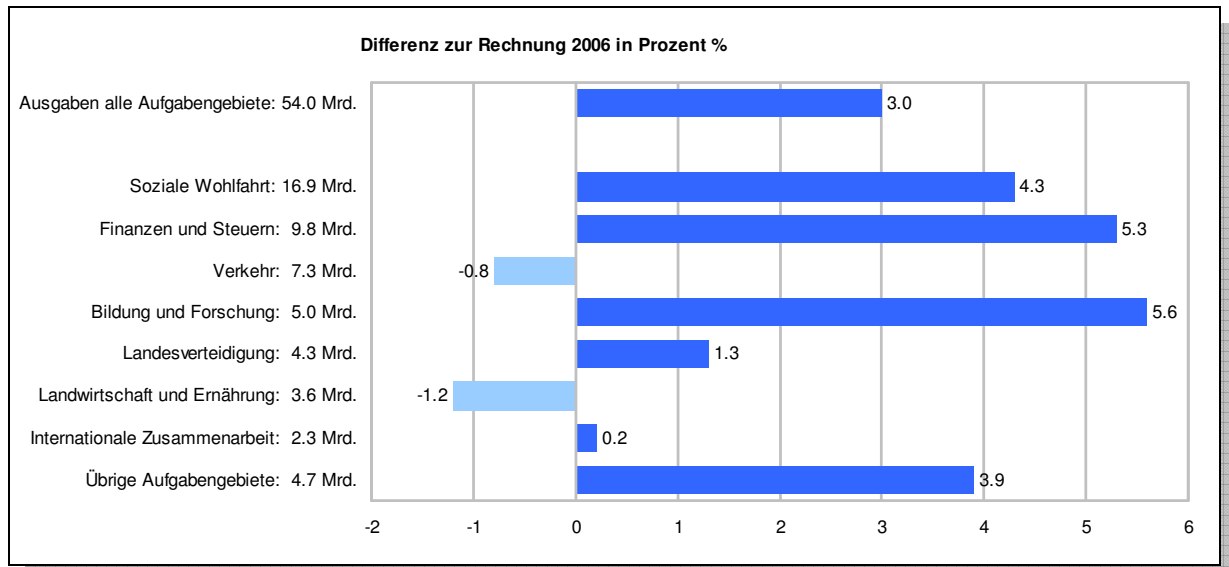
Vorjahreszahlen begründen Veränderung

Während beim Strassenverkehr 2007 die Ausgaben leicht stiegen, resultierte beim öffentlichen Verkehr ein deutlicher Rückgang. Für die Strassen wurden im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2007 rund 83 Millionen mehr aufgewendet. Diese Mehrausgaben fielen in erster Linie beim Nationalstrassenbau an. Dieses Ausgabenwachstum lässt sich aber vor allem durch verhältnismässig tiefe Zahlen im 2006 begründen. Geplante Projekte hatten sich verzögert und konnten erst im Jahr 2007 ausgeführt bzw. verbucht werden. Umgekehrt sanken die Ausgaben für den Strassenunterhalt um 62 Millionen. Die Gründe für diese Veränderung liegen auch hier in den Besonderheiten des Rechnungsjahres 2006. Hohe Sonderausgaben, beispielsweise für den Felssturz bei Gurnellen, verteuerten damals den Strassenunterhalt. Weil in der Rechnung 2007 keine Sonderaufwendungen in diesem Umfang nötig waren, fielen die Ausgaben für den Unterhalt im letzten Jahr entsprechend geringer aus. Wie gewohnt rund zwei Milliarden mehr als der Strassenverkehr kam dem Bund der öffentliche Schienenverkehr zu stehen. Er steht mit Ausgaben von 4,5 Milliarden in der Staatsrechnung des Bundes. Das sind 134 Millionen Franken weniger als noch 2006. Allein die Ausgaben für die Bahninfrastruktur nahmen um 51 Millionen ab. Auch hier machten im Jahr 2006 aussergewöhnliche Vorfälle besondere Ausgaben nötig. Von denen standen im Jahr 2007 kaum welche an. Entsprechend wurde der Haushalt entlastet.

Geldsegen darf Reformen nicht verzögern

Der momentane Geldsegen darf die dringend notwendigen Reformen, insbesondere bei den Sozialwerken, nicht verzögern. Die soziale Wohlfahrt nimmt in der aktuellen Staatsrechnung ein knappes Drittel der gesamten Bundesausgaben für sich in Anspruch. Allein die Bundesbeiträge an die AHV stiegen im letzten Jahr um 6,1 Prozent. Mit Blick auf eine mittelfristige Stabilisierung der Finanzen bleiben strukturelle Reformen bei den Sozialausgaben eine vorrangige Aufgabe der Politik. Dem Verkehr standen konjunkturbereinigt deutlich weniger Mittel zur Verfügung als im letzten Jahr. Besonders beim Strassenverkehr stagnieren die

Ausgaben seit Jahren. Die Gefahr ist gross, dass gerade bei den Verkehrsinfrastrukturen wichtige Investitionen auf Kosten der kommenden Generationen aufgeschoben werden.



Weitere Auskünfte:

Matthias Forster, Stv. Geschäftsführer Fachverband Infra

Telefon: 044 258 84 92